Tages-Anzeiger · Freitag, 3. September 2004

Bundesratsparteien fordern von Pascal Couchepin mehr Tempo

Der Bundesrat soll bei der IV vorwärts machen und Pilotprojekte für die Früherkennung auf dringlichem Weg ermöglichen. Das verlangen die Parteien vom Sozialminister.

Von **Beat Bühlmann, Zürich**

Das sei das «beste Gespräch unter den Bundesratsparteien» gewesen, das er in den letzten neun Jahren erlebt habe, sagte SVP-Präsident Ueli Maurer nach der Zusammenkunft in Zürich. Seit den Zeiten von Steinegger und Bodenmann, so fügte FDP-Generalsekretär Guido Schommer bei, sei nicht mehr so konstruktiv geredet worden.

Statt wie sonst üblich innert zweier Stunden x-beliebige Traktanden abzuhaken, hatten sich die Vertreter der vier Bundesratsparteien diesmal ausschliesslich der Invalidenversicherung gewidmet. Die Gesprächsrunde im Hotel Storchen dauerte sechs Stunden, das Mittagessen eingeschlossen. SP-Präsident Hans-Jürg Fehr sprach als Gesprächsleiter anschliessend von «intensiven, sachbezogenen Diskussionen».

Parteien fordern «Anreizkultur»

Beschlüsse hatten die Bundesratsparteien keine zu fassen. Dennoch ist offenkundig, dass sie bei der Sanierung der stark verschuldeten Invalidenversicherung vorwärts machen wollen. Jedenfalls werden sie dem Bundesrat am Von-Wattenwyl-Gespräch von heute Freitag «eine Reihe von Aufträgen erteilen», wie Fehr rapportierte. So soll die Früherkennung mit Meldepflicht, das Herzstück der 5. IV-Revision, bereits im nächsten Jahr mit Pilotprojekten erprobt werden. Dazu braucht es einen Dringlichen Bundesbeschluss.

Das sei «ein Teildurchbruch» zu Gunsten der Wiedereingliederung, sagte SP-Nationalrat Jost Gross, der ebenfalls am Gespräch teilgenommen hatte. Anfang Woche hatten bereits die Behindertenorganisationen gefordert, diese Massnahmen zügiger umzusetzen. Sonst dauere es acht Jahre, bis die Früherkennung überall umgesetzt werde. Der Bundesrat, der nur zwei Pilotprojekte mit Kosten von fünf Millionen Franken vorsieht, behandle dieses Kernanliegen «allzu stiefmütterlich», glaubt der Präsident der Pro Mente Sana.

Auch die Vorgabe von Bundesrat Pascal Couchepin, die Neurenten mit der 5. IV-Revision mittelfristig um zehn Prozent zu senken, geht den Bundesratsparteien zu wenig weit. Um tatsächlich eine «Trendwende» herbeizuführen, müssten auch Modelle mit einer Abnahme der Neurenten um 20 oder gar 30 Prozent geprüft werden. «Alle hier am Tisch waren sich einig, dass wir möglichst wenig Neurenten wollen», sagte Fehr.

> «Alle am Tisch waren sich einig, dass wir möglichst wenig Neurenten wollen.»
>
> HANS-JÜRG FEHR, SP

Übereinstimmend fordern die Bundesratsparteien auch eine «Anreizkultur» für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, damit leistungsschwächere oder behinderte Personen wieder stärker in der Wirtschaft integriert werden. Wie das konkret umgesetzt werden könnte, vermochten die Parteienvertreter allerdings nicht zu sagen. Hingegen sind sie sich einig, dass die 5. IV-Revision auf den 1. Januar 2007 in Kraft treten soll. Das bedeutet für Sozialminister Couchepin, dass er die bundesrätliche Vorlage zur 5. IV-Revision bereits im ersten Quartal 2005 dem Parlament vorzulegen hat. Zuerst muss in diesem Herbst allerdings die Vernehmlassung gestartet werden.

Finanzfrage nicht geklärt

Während bei der Analyse der IV-Misere ein «beachtlich hohes Mass an Übereinstimmung» herrschte, wie sich SP-Nationalrat Fehr ausdrückte, blieben «grundlegenden Differenzen» über das weitere Vorgehen bestehen, wie SVP-Präsident Ueli Maurer anmerkte. Insbesondere die Finanzierung der hoch defizitären Invalidenversicherung bleibt erwartungsgemäss ein strittiges Thema. Zwar sind sich alle vier Bundesratsparteien einig, dass die prekäre Finanzlage der IV behoben werden muss. Aber wie schnell und nach welchem Rezept dies geschehen soll, ist weiterhin ungeklärt. Während die SP die Schulden der IV durch zusätzliche Einnahmen möglichst schnell abbauen möchte, bekundet die SVP keine Eile. Sie will den politischen Druck aufrechterhalten, um Sparmassnahmen durchsetzen zu können.

Eine Erhöhung der Lohnprozente scheint nach wie vor wenig aussichtsreich zu sein. Dazu gebe es «keine grosse Bereitschaft», resümierte FDP-Präsident Rolf Schweiger. Der Vorschlag von SP-Präsident Fehr, die IV-Schulden zu drei Vierteln auf die Arbeitslosenversicherung zu übertragen (TA vom 13. August), wurde nicht näher erörtert. So dürfte weiterhin eine höhere Mehrwertsteuer im Vordergrund stehen.